

5116/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Freund
und Kollegen
an die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz
betreffend die Imagekampagne für Rindfleisch

Die voreiligen und unbedachten Äußerungen der Konsumentenschutzministerin haben für die österreichischen Bauern und die Fleischwirtschaft einen geschätzten Schaden in der Gesamthöhe von

rund 210 Millionen Schilling verursacht.

Beim "Rindfleisch - Gipfel" am 26. August 1998 konnte die bäuerliche Interessensvertretung ein 7 Punkte

umfassendes Sofortprogramm erreichen. Unter anderem wurde durchgesetzt, daß eine Imagekampagne in der Höhe von 60 Millionen Schilling für österreichisches Rindfleisch im In - und

Ausland vom Bund finanziert wird, um den Ruf des österreichischen Qualitätsprodukts Rindfleisch wiederherzustellen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz folgende

ANFRAGE:

- 1) Ist die Sachverhaltsdarstellung über die Vorgänge in jenem italienischen Labor, das durch die falschen Untersuchungsergebnisse den Schaden verursachte, abgeschlossen? Wenn ja, was ist der erwiesene Grund für die italienischen Anschuldigungen?
- 2) Wer ist Mitglied der eigens eingerichteten Arbeitsgruppe? Sind bereits Ergebnisse über die ziffernmäßige Schadenshöhe bekannt bzw. hinsichtlich der Begründetheit einer Schadenersatzklage durch die Republik Österreich oder eine der Interessensorganisationen gegen die italienischen Behörden?
- 3) Wurden bereits konkrete Marketing - und Werbemaßnahmen im Rahmen der vom Bund finanzierten Imagekampagne für Rindfleisch ergriffen?
- 4) Wenn ja, mit welchem Erfolg?
- 5) Werden zusätzlich zum 7 - Punkte - Sofortprogramm der Bundesregierung von Ihnen persönlich Schritte zur Schadenswiedergutmachung bei den betroffenen Rindfleischbauern unternommen?
- 6) Unterstützen Sie die Forderung nach rechtlicher Verankerung von Gegenkontrollen bei Vorliegen positiver Untersuchungsergebnisse in nationalen Untersuchungslabors durch ein EU-Referenzlabor? Haben Sie diesbezüglich bereits Gespräche geführt?
- 7) Ist es richtig, daß in Ihrem Auftrag derzeit im Bundeskanzleramt, Verfassungsdienst, die Rechtmäßigkeit dieser Bundesmittel für die Imagekampagne geprüft wird?